

Brinkmann's rassistische „Neujahrsbotschaft“

Dass der schwedische Neonazi und angebliche Multimillionär Patrick Brinkmann nun doch für „Pro Deutschland“ zu den Berliner Wahlen 2011 zumindest für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf antreten wird, scheint nach den letzten Äußerungen von ihm selbst sowie von Markus Beisicht (Pro NRW) und Manfred Rouhs (Pro Deutschland) immer wahrscheinlicher. Dies geht neben einer oft wiederholten und schon fast reflexartigen Laudatio für Sarrazin's „Verdienste“ und der ebenso reflexartigen Abrechnung mit Stadtkewitz von der Partei „Die Freiheit“ aus seiner „Neujahrsbotschaft“ hervor. Von letzterem zeigte er sich zutiefst enttäuscht, wegen dessen „deutschen Ungeistes der Selektion“, d.h. seiner fortgesetzten Ablehnung der „Pro“-Bewegung als extrem rechts. Ungeachtet dessen fordert Brinkmann weiterhin eine Amnes(t)ie bezogen auf extrem rechtes Gedankengut. Sicher nicht ganz uneigennützig, betrachtet mensch dessen eigene Vergangenheit. Beziehen dürfte er sich aber auch auf die schon bekannten inhaltlichen und personellen Verknüpfungen von „Pro“-Bewegungen mit rassistischen und extrem rechten Gruppierungen und Personen in Deutschland und Europa, denen gegenüber dann selbst Stadtkewitz keine Berührungängste hat.

Wie ernst es Brinkmann und die „Pro“-Bewegung tatsächlich mit Menschenrechten und der viel beschworenen Einhaltung verfassungsmäßig verbriefter Rechte zu halten gedenkt, macht Brinkmann in seinem einzigen Wahlkampfthema „Repressionen gegen Muslim_innen“ deutlich. Demnach sollen sich Muslim_innen vom Koran als dem zentralen Bezugselement im Islam distanzieren. Neben der Einschränkung der freien Religionsausübung sollen sich Muslim_innen auch einer Art Geburtenbegrenzung unterwerfen. Bei mehr als zwei Kindern solle eine sofortige Beendigung des Aufenthaltes erfolgen. Deutlich wird, dass die „Pro“-Bewegung nur ein Ziel verfolgt: den Gleichheitsgrundsatz in einem ersten Schritt speziell für Muslim_innen aufzuheben. Denn sie sind aktuell prädestiniert als Projektionsfläche für rassistische Stigmatisierung und Diskriminierung und damit als Sündenbock für soziale Verwerfungen in der Gesellschaft. Eine Extra-Steuer für in islamische Länder überwiesene Gelder, ein Burka- und Moscheebauverbot sowie eine „Ausschaffungsinitiative“ ergänzen das rassistische Wahlkampfangebot oder besser Hetzprogramm gegen Migrant_innen und besonders Muslim_innen.

Ganz in diesem Sinne soll dann auch der Wahlkampfauftakt im Berliner Tiergarten stattfinden. Mit Bezug auf Aktionen von „französischen und flämischen“ Rechten und Rassist_innen soll dort eine Party mit Schweinefleisch und Bier organisiert werden. Dabei kopiert Brinkmann wohl insbesondere Aktionen wie die Verteilung von Schweinesuppe (Soupe au cochon) im Winter in Paris an Bedürftige. Die Bedürftigkeit der Betroffenen war dabei nur Mittel zum Zweck. Vielmehr ging es darum, gezielt Muslim_innen auszugrenzen. Ein Verbot dieser diskriminierenden Verteilaktion wurde deshalb zu Recht durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bestätigt. Es wäre dem Nazi Brinkmann aber durchaus auch zuzutrauen, dass es ihm dabei nicht alleine um das Fernbleiben von Muslim_innen, sondern möglicherweise auch von jüdischen Gästen geht. Auch diese essen bekanntermaßen kein Schweinefleisch. Aber während ein öffentliches Bekenntnis zum Antisemitismus kaum zum demokratisch Deckmantel passen dürfte, ist die Hetze gegen Muslim_innen inzwischen gesellschaftsfähig.